

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Ausland Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Freischuß für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die achtgeheftete Normzeile oder deren Raum 1,20 M., Werstanzigen das Inhabersdrucke Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Erwerbungsbeitrag 70 Pf., Bei Familien- u. Verlagsanstellungen ist der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entente und Oesterreich.

Betrachtungen über den Parteitag.

Von Georg Ledebour.

Da ich durch Krankheit behindert bin, das zugesagte Referat über den Parteitag zu geben, will ich, wenn auch in knappen Worten, mich schriftlich über die wichtigeren Ergebnisse des Parteitages aussprechen.

Wir hatten auf dem Parteitag zwei Hauptaufgaben zu erfüllen: Uns ein Aktionsprogramm zu geben, das in klarer Weise die Politik der Partei soweit festlegt, daß wir damit in geschlossener Front den Gegnern gegenüber treten können. Dann aber hatten wir die entscheidenden Schritte zu tun, um in Verbindung mit den revolutionären Sozialisten der anderen Länder eine aktionsfähige Internationale ins Leben zu rufen, die den proletarischen Emanzipationskampf der einzelnen Länder zu stützen, zu ergänzen und schließlich zur Vollendung zu bringen hat.

Die erstere Aufgabe wurde befriedigend gelöst. Mit dem völlig klaren Bekenntnis zum Ausbau des Rätesystems, das das Werkzeug zu bilden hat für die völlige Durchführung des Sozialismus, verbindet der Parteitagbeschluss den Hinweis darauf, daß in der Uebergangszeit alle politischen Kampfmittel, auch die parlamentarischen, für unsere Sache auszunutzen sind. Das ist eine klare Abfolge an den antiparlamentarischen Spuk, mit dem einige Parteigenossen in unüberlegter Aufwärmung längst abgelebter anarchoistischer Gedankengänge uns eine Beileitung befehligen haben.

In ebenso erfreulicher Weise wurde klar betont, daß die Gewerkschaftsbewegung, in immer revolutionärer Ausgestaltung, als gleichberechtigter Faktor neben der Partei- und der Rätebewegung von uns ausgenutzt werden muß. Daß damit keine Jugendsünden an den „parlamentarischen Reformismus“ oder einen „Gewerkschaftsbureaucratismus“ gemacht wurden, dafür bürgt die ausdrückliche Betonung, daß Massenaktionen das vornehmste und entscheidende Kampfmittel der Partei sind; dafür bürgt aber vor allem die Tatsache, daß unsere Partei ihren revolutionären Charakter immer wieder durch die Tat bewiesen hat.

Die erfreuliche Wirkung dieser einseitigen Zusammenfassung der Partei zum Kampf für den Sozialismus in Deutschland selbst, wird nun aber leider stark beeinträchtigt durch die ausgedehnten Verhandlungen über die Stellungnahme zur Internationale, die sich meist obendrein in Kommissionsbesprechungen hinter verschlossenen Türen abspielten.

Was ist die Aufgabe, die den revolutionären Sozialisten in allen Ländern sich gemeinsam aufdrängt? Die Schaffung einer leistungsfähigen revolutionären Internationale der Tat, nicht einer Internationale der revolutionären Phrasologie, wie wir sie jahrzehntelang vor dem Kriege ausgekostet haben.

Die Neigung, zu dem Zweck mit den Parteien der kompromittierten Kriegssozialisten in Genf zusammenzutreten, war schon vor dem Parteitag nahezu völlig verdrahtet. Nur Hilferding hat noch persönlich diesem Wunsch Ausdruck gegeben. Einen Antrag enthielt selbst keine Resolution nicht mehr. Die Zahl der Befürworter des Anschlusses an Genf war so gering, daß sie überhaupt gar nicht mehr versuchten, dem Parteitag diese Frage zur Entscheidung zu unterbreiten.

Für uns anderen, für die große Mehrheit des Parteitages, stand fest, daß eine Internationale der revolutionären Aktion nur geschaffen werden könne durch den Zusammenbruch derjenigen Parteien, die sich jetzt schon von sich aus zu den Aufgaben dieser Internationale bekennen und in diesem Sinne sich in ihren eigenen Ländern betätigen haben. Dafür kamen natürlich in erster Reihe, als Vorkämpfer des revolutionären Sozialismus, die russischen Kommunisten (früher Bolschewiki) in Betracht. Einige waren wir uns darüber, daß ohne sie eine wirkungsfähige Internationale nicht gebildet werden kann.

Nun aber entstand eine Differenz: Die russischen Kommunisten hatten eine eigene kommunistische Internationale gegründet, indem sie von dem Gründungskongress in Mos-

Gegen die Loslösungsbestrebungen.

Wien, 17. Dezember.

Heute vormittag erschien beim Staatskanzler Dr. Renner ein Beamter des Obersten Rates, um ihm eine von Clemenceau unterfertigte Note zu überreichen. Der Beamte bemerkte hierzu, daß die in dieser Note wiedergegebenen Entschlüsse (spontan und aus eigener Ueberzeugung gefaßt und schon vor dem Erscheinen des Staatskanzlers beim Obersten Rat festgelegt worden seien. Der Wortlaut der Note ist folgender:

Herr Staatskanzler! Die Aufmerksamkeit der Alliierten und assoziierten Mächte wurde auf gewisse Agitationen gelenkt, die von verschiedenen Seiten den Zusammenhalt und sogar die Integrität der österreichischen Gebiete bedrohen. Die vom Vortrager Landtage bei der Wiener Regierung unternommenen Schritte, um das Selbstbestimmungsrecht dieser Provinz anerkennen zu lassen, fallen mit jenen Bewegungen zusammen, die sich dahin richten, sei es den Distrikt von Salzburg, sei es Tirol, in den Wirtschaftskreis benachbarter Staaten einzubeziehen, und mit der in den einflussreichen westlichen Komiteen Ungarns wachgerufenen Bewegung zur Veranlassung eines Plebiszits, das in dem diese Gegenden Oesterreich ausprägenden Vertrage nicht vorgesehen ist. Die alliierten und assoziierten Mächte sind der Ansicht, daß, wenn die trennenden Kräfte in irgendeinem dieser Punkte zum Durchbruch gelangen sollten, eine solche Trennung das völlige Zerfallen des österreichischen Staates nach sich ziehen und das Gleichgewicht Mitteleuropas gefährden könnte.

Die alliierten und assoziierten Mächte wollen daher keinerlei Zweifel bestehen lassen, die territorialen oder sonstigen Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain aufrecht zu erhalten und ihre genaue Anwendung durchzuführen. Von diesem Gedanken geleitet, hat der Oberste Rat heute folgende Entschlüsse angenommen, die er durchzuführen entschlossen ist und die ich die Ehre habe, in seinem Namen mitzuteilen: Von dem Wunsche geleitet und entschlossen, die Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain zur Geltung zu bringen, erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß sie sich allen Versuchen widersetzen, die

geeignet sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu beeinträchtigen oder sie im Gegensatz zu den Bestimmungen des Artikels 28 des erwähnten Vertrages in irgendeiner Weise, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs beeinträchtigen müßten. Genehmigen Sie, Herr Kanzler, den Ausdruck meiner ganzen Hochachtung. (gez.) Clemenceau.

Alliierte Hilfe für Oesterreich.

H. N. Paris, 17. Dezember.

Der Oberste Rat beschloß 30 000 Tonnen Getreide, die in Triest lagern, sofort nach Oesterreich zu schicken. Weiter wurden allgemeine Maßnahmen für die Versorgung Oesterreichs auf 10—12 Monate getroffen.

Kiew erneut von den Bolschewiken genommen.

Saag, 17. Dezember.

Dem „Nieuwe Courant“ wird berichtet aus Wodlau gemeldet, daß die Bolschewiken nach heftigen Kämpfen mit den Truppen Denikins Kiew eingenommen haben. Die weissen Truppen sind auf der Flucht.

Die englischen Truppen in Rußland.

H. N. London, 17. Dezember.

Churchill erklärte im Unterhaus, keine Antwort auf die Frage geben zu können, wieviel alliierte Truppen sich noch in Rußland befinden. Ohne vorherige Genehmigung der anderen Alliierten könne er diese Frage nicht beantworten. Er könne nur soviel sagen, daß die Zahl der japanischen Truppen sehr groß sei.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

H. N. Brüssel, 17. Dezember.

Im Beden von Charleroi dauert der Streik an. Ein Ausblick auf Beilegung besteht noch nicht. Dagegen ist eine weitere Ausdehnung auf andere Bezirke sehr zu befürchten. Die Eisenbahnverwaltung hat eine große Reihe von Personen- und Güterzügen außer Verkehr gesetzt.

kau geflüstertlich alle Parteien ausschlossen, die nicht auf ihr eigenes kommunistisches Programm eingeschworen waren. Aus Deutschland hatten sie deshalb nur die Kommunisten, nicht die U. S. P. D. eingeladen. Sie hatten obendrein die seit 1915 bestehende Zimmerwalder Bewegung, der wir gemeinsam mit ihnen angehörten, ignoriert und sogar auf dem kommunistischen Kongress die Zimmerwalder Organisation für aufgelöst erklärt, trotzdem sie nicht das geringste Recht zu einem solchen Beschluß hatten.

Als Grund für die Nicht-Einladung der U. S. P. D. wurde angegeben, wir seien keine revolutionäre Partei, und obendrein hätte ein Mitglied unserer Partei, der Genosse Kautsky, eine völlig ungerechte Kritik an der Politik der Bolschewiki geübt. Beide Gründe sind nicht stichhaltig. Daß wir eine revolutionäre Partei sind, haben wir hinreichend, auch für unsere russischen Freunde erkennbar, bewiesen im November 1918, im Januar 1919. Ich brauche hier kein Wort weiter darüber zu verlieren. Kautskys Angriffe hat er selbst zu verantworten. Niemand aber gibt die Kritik, auch die ungerechteste Kritik nicht, den Angegriffenen das Recht, der Partei des Kritikers die internationale Gleichberechtigung abzuspochen. Ich habe auch die Ueberzeugung, jene beiden Gründe waren unseren russischen Freunden nur Vorwände, um damit die seltenartige Einpaktelung in eine „kommunistische“ Internationale zu bewerkstelligen. Die Moskauer Internationale hat dann obendrein auch noch feindselige Beschlüsse gegen uns gefaßt, die auf eine Zertrümmerung der U. S. P. D. abzielten.

Nun sagten einige Genossen: Das kommt gar nicht in Betracht. Da wir mit dem Programm der kommunistischen Internationale einverstanden sind, sind wir für den sofortigen, bedingungslosen Anschluß an diese sogenannte dritte Internationale. Diese Auffassung war in der Resolution Stöcker niedergelegt, für die längst, ehe die Frage zur Verhandlung kam, eifrig Unterschriften auf dem Kongress gesammelt wurden.

Ich selbst vertrat den Standpunkt, daß die wirkungsfähige Internationale, die wir erstreben, geschaffen werden müsse durch einen Kongress aller revolutionären Sozialisten, einschließlich natürlich der Moskauer, um dort gemeinsam über den Zusammenschluß und die Aufgaben der Internationale zu einer Verständigung zu kommen. Den bedingungslosen Anschluß an Moskau verbiete uns aber die Selbstachtung, da wir von jener Moskauer Gründungsversammlung ausdrücklich aus wichtigen Gründen ferngehalten wurden, und dann auch noch durch die Veranstalter und Teilnehmer des Kongresses mit Vernichtungsdrohungen bedrückt waren. Ich habe auf dem Parteitag das näher begründet. Ich verzichte hier auf eine Wiederholung. Wer das Gefühl der Selbstachtung nicht besitzt, dem werden auch die überzeugendsten Beweisführungen es nicht beibringen.

Aber auch ein anderer Grund spricht noch gegen den bedingungslosen Anschluß an Moskau. Ich bin keineswegs in Uebereinstimmung mit den Moskauern in bezug auf das Programm. Der Wortlaut eines Programms muß immer ergärzt werden durch die Kommentare, die aus seiner Programmatischen „Diktatur des Proletariats“ eine Anwendung gegeben durch einen Regierungsterrorismus, dem ich droff gegenüberstehe, wie ich ihn hierzulande in der wilhelminischen, ebenso wie jetzt in der ebertinischen Vera mit aller Macht bekämpft habe. Bei dem Zusammenschluß mit den russischen Kommunisten in einer internationalen Organisation muß ich die Sicherheit haben, daß wir in keiner Weise mit diesem Regierungsterrorismus belastet werden können. Deshalb sind für uns zunächst Verhandlungen mit den Moskauern erforderlich.

Von diesen Gedankengängen ausgehend, hatte ich eine eigene Resolution entworfen, die bei einem großen Teil des Kongresses Zustimmung fand.

Ich hatte im Verlauf meiner Resolutionsbegründung erklärt, daß ich nach Annahme der Resolution Stöcker nicht

einen Vollen übernehmen könne, der mich zur Durchführung des bedingungslosen Anschlusses verpflichtet würde. Eine ähnliche Erklärung hat auch die damalige Zentralinstanz abgegeben. Es wurde nun auf Wunsch der Genossen, die auf dem Standpunkt Bödker standen, eine Beratung des Kongresses beschlossen, um in Kommissionverhandlungen eine Verständigung zu suchen. Ich habe mich wie andere eifrig bemüht, dazu beizutragen. Schließlich wurde denn auch eine Übereinkunft auf Grund einer neuen, von der Parteileitung unterbreiteten Resolution erzielt. Sie hatte anfangs eine Fassung gehabt, die bei Bödker und seinen Freunden die Befürchtung erweckt hätte, als ob damit die Gründung einer vierten Internationalen für gebilligt erklärt werden sollte. Ich schlug eine neue Fassung vor, die diese Vororgane aus dem Wege räumte. In dieser Fassung wurde die Resolution dann, auch mit großer Mehrheit von der anderen Seite, von uns einstimmig angenommen.

Wäre es dabei geblieben, so wäre eine für die Partei ganz klare Entscheidung dahin getroffen, daß der baldige Zusammenschluß mit allen revolutionären Parteien herbeizuführen ist. Das wäre für die Geschlossenheit unserer Partei und für die Schaffung einer aktionsfähigen Internationalen eine einwandfreie Lösung gewesen. Leider ist es dabei nicht geblieben.

Nach Eintritt in die Abstimmung wurde vom Bureau noch ein Ergänzungsantrag zu der Resolution der Parteileitung verlesen und zur Abstimmung gebracht, der sagt:

„Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß von der deutschen unabhängigen Sozialdemokratischen Partei allein vorzunehmen!“

Die Abstimmung über diesen Antrag war geschäftsordnungswidrig, da er nicht gedruckt vorlag und wir uns bereits in der Abstimmung befanden. Die Antragsteller haben abendwärts die vorherigen Abmachungen durchbrochen. Die bloße Verlesung der Fassung hat zweifellos die meisten Parteigenossen den Widerspruch gegen die Abmachungen nicht erkennen lassen, denn der bedingungslose Eintritt wurde ja gerade ausgedrückt durch die Abmachungen.

Es ist höchst traurig, daß auf unserem Parteitage mit solchen Scharberpraktiken gearbeitet wurde, und noch trauriger, daß sie einen überlichen Erfolg haben konnten. Wir haben es da mit einer Entwicklungsfrankheit unserer Partei zu tun. Sie ist in den letzten Monaten tiefenhaft gewachsen und hatte Parteigenossen in den Vordergrund gebracht, denen die Notwendigkeit, unsere Beschlüsse durch gründliche, offene und ehrliche Aussprache ausbreiten zu lassen, noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Inwiefern diese Entwicklungsfrankheit muß und wird überwunden werden. Unsere Sache ist zu groß, unser Ziel ist unabweisbar. Nichts kann davon abbremsen, auch nicht trübe Erfahrungen in unseren eigenen Reihen. Es heißt: weiterarbeiten! Der endgültige Sieg ist uns gewiß trotz alledem!

Sturmangriff auf Erzberger.

Die omittierte Mitteilung über das Ergebnis der Sparprämienanleihe ist von der gesamten Presse zuerst ohne jeden Kommentar wiedergegeben worden. Kritisch stimmte man also zunächst der Behauptung zu, daß der Abschluß der Zeichnungen, die noch nicht einmal 4 Milliarden Mark gebracht haben, einen Erfolg darstelle. Erst durch die Mitteilungen über die tolle Verschwendung, die bei der Reklame für die Prämienanleihe getrieben wurde, ist den redaktionellen Blättern die Augen geöffnet worden. Wir haben auch, ohne daß wir erst auf dieses Ablenkungsmittel warten mußten, festgestellt, daß das Ergebnis der Zeichnungskampagne eine Bestätigung für den völligen Bankrott der deutschen Wirtschaftspolitik ist. Die redaktionelle Presse nimmt aber nun den Reklamefanatismus zum Anlaß, um zu einem konzentrierten Angriff auf Erzberger anzuholen.

Die deutschkonservativen Mütter wehren sich gegen die Behauptung, daß der Patriotismus der Kapitalisten bei der Sparprämienanleihe verlogert habe. Sie drehen den Spiegel um. Gerade aus Patriotismus hätten die kapitalistischen Kreise sich an den Zeichnungen nicht beteiligt, weil sie durch ihre Ablehnung der Erzbergerischen Finanzpolitik ein gewisses Mißtrauensvolumen hätten ausstellen wollen. So hat die „Deutsche Tageszeitung“, das agrarische Hauptorgan:

„Wo wirklich große Kriegsgewinne erzielt worden sind, sind sie doch durch die Kriegsgewinnsteuer schon zum allergrößten Teil für das Reich beschlagnahmt; für eine neue Anleihe kommen sie deshalb also nicht mehr in Betracht. Ferner aber bedroht diese Anleihe der unerschrockenen Eingriffe des Reichsnotopfers und außerdem eine noch gar nicht abgesehene, gerade für die ärmeren Bevölkerungsteile aber noch allem Erweisen erdrückende sonstige Steuerlast. Für sie kommt deshalb alles darauf an, ihr Geld zusammenzuhalten, damit nicht die furchtbaren Eingriffe zum Zusammenbruch ihrer Wirtschaft führen können. Gerade für diese Kreise wäre es deshalb geradezu ein Verbrechen, ihr Geld noch in staatlichen Kassen zu lassen — anderes sind die Kassen der Prämienanleihe ja im Grunde nicht — anzulegen, auf die Gefahr hin, eines Tages zum Konkurs zu kommen! Dazu das nur zu begründete Mißtrauen gegen die ganze republikanische Finanzwirtschaft.“

Dieses Mißtrauen gegen die republikanische Finanzwirtschaft wird auch von der „Post“ geteilt, dem Organ der Schwerindustriellen. Das Blatt schreibt darüber:

Es ist eine Unversämtheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, wenn sie die Behauptung aufstellt, daß „von gewisser Seite“ das Vaterlandes höher gestellt worden sei, als das Interesse des Vaterlandes. Der Fall liegt vielmehr so, daß es im Interesse des Vaterlandes liegt, Erzberger mit seiner ganzen Finanzpolitik aufzuheben zu lassen, und zwar so gründlich, bis auch die schwerwiegendsten aller Minister erkennen, daß es das Volk unmöglich länger mit seinen dilettantischen Experimenten zum besten haben kann. Der Reizemiserfolg der Prämienanleihe wird hoffentlich dazu beitragen, Herrn Erzbergers Stellung zu erschüttern. Tut sie das, dann wollen wir gern anerkennen, daß sie dem deutschen Volk doch wenigstens etwas Gutes gebracht hat; die Beteiligung

Es steht also fest, daß sowohl die agrarischen wie die industriellen Kapitalbesitzer die Sparanleihe sabotiert, und daß sie es den wenigerbemittelten Kreisen überlassen haben, Geld für die Finanzpolitik der Regierung aufzu-

bringen. Die Arbeiter können darnach wieder einmal lernen, mit welcher Energie die besitzenden Klassen ihre eigenen Interessen wahren, und daß sie eher das „Vaterland“ zugrunde gehen lassen, als daß sie sich selbst und ihr Fortkommen zum Opfer bringen.

Die Rechtsparteien sind aber in ihrem Kampfe gegen Erzberger nicht lange allein geblieben; sie haben Jutzug aus dem Lager der Demokraten erhalten. Wie soll es auch anders sein; wenn der Gedächtnis geschützt werden soll, dann steht einträchtig zusammen, was sich zu den Besitzenden rechnet. Höher als die angebliche Verschiedenartigkeit der agrarischen, großindustriellen und demokratischen Struktur steht das gemeinsame Interesse aller Kapitalisten an der Erhaltung ihres Besitzes. Und so hat Herr Dr. Friedberg in der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung einen außerordentlich klaren Angriff gegen Erzberger gerichtet. Dessen Finanzwirtschaft sei ihm schon früher außerordentlich bedenklich erschienen und er habe sie schon einmal für politischen Dilettantismus erklärt. Dieses Urteil sei ihm viel zu milde, so sagte jetzt Herr Dr. Friedberg. „Die Finanzpolitik des Reichsministers ist ganz ein Verstratentum“, so rief er unter stürmischer Zustimmung seiner Parteigenossen in den Saal. Er nannte es dann einen Widerstand, das Reichsnotopfer in einem Augenblick zu verlangen, wo überall im Wirtschaftsleben der Mangel an Betriebskapital so überaus deutlich sei. Dann behauptete er, daß Erzberger ein juristisches Gutachten des Reichsjustizministers darüber, ob die Entente sich einen Eingriff gegen das Reichsnotopfer erlauben würde, gefälscht habe, weil es außerordentlich unglücklich für Erzberger ausgefallen sei. Und schließlich erklärte er in Übereinstimmung mit den Rechtsparteien, Erzberger habe mit der Sparprämienanleihe eine Niedertracht erlitten, die so eklatant sei, daß sie jeden andern Politiker an seiner Stelle verurteilen würde, sich in das Dunkel des Privatlebens zurückziehen. Das Geschick habe sich nicht aus epischen Gründen zugekehrt, das Ergebnis der Sparprämienanleihe sei einfach die Quittung für die lächerliche Finanzpolitik.

Dieser ungesunde Angriff des preussischen Führers der Demokraten auf die Regierung, die in Erzberger zwar keinen besonders fähigen, so doch immerhin ihren fähigsten Kopf besitzt, hat in den Reihen der andern Regierungsparteien heftige Auswirkung hervorgerufen. Die Rechtssozialisten entzweiteten sich in der Landesversammlung besonders heftig darüber. In der Nationalversammlung hat dann Herr Erzberger auf die Angriffe seiner Regierungsfreunde erwidert. Seine Antwort fiel ziemlich schwach aus. Er beschuldigte Herrn Friedberg, daß der Vorwurf der Fälschung des juristischen Gutachtens eine Verleumdung sei. Dann meinte er, daß man es den Sozialisten nicht recht machen könne. Lage man ihnen zwangsweise, wie beim Reichsnotopfer, Staueropfer auf, so wehren sie sich dagegen; verurteile man, wie bei der Sparprämienanleihe sie zur freiwilligen Leistung heranzuziehen, so verhalten sie sich gleichfalls ablehnend. Und schließlich behauptet er, daß das Zeichnungsergebnis gar nicht so übel sei, denn nicht vielmehr sei ja auch bei der ersten Kriegsanleihe gezeichnet worden. Dieser Vergleich trifft durchaus daneben. Denn wenn man den damaligen und den heutigen Geldwert berücksichtigt, so hat diese Anleihe etwa den zehnten Teil dessen eingepbracht, was bei der ersten Kriegsanleihe gezeichnet worden ist. Immerhin erlebte Erzberger aber noch die Freude, daß zum Schluß der gestrigen Beratungen der Nationalversammlung das Reichsnotopfer mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Oben wir uns keinem Zweifel über den Zweck und das Ziel dieser Angriffe auf Erzberger hin. Die Politik der Regierung entbehrt jedes großzügigen Gedankens. Sie ist nur auf das Fortwärteln eingerichtet. Sie lebt von der Hand in den Mund. Sie ist kaum imstande, die Bedürfnisse des Tages zu befriedigen, geschweige denn, daß sie in die Zukunft weisende Wege eröffnet. Ihr ideologischer Teil hat sich durch die Aufgabe der sozialdemokratischen Grundzüge jeder Möglichkeit gegeben, die Finanzpolitik des Reiches auf eine neue, den Interessen der wertvollen Bevölkerung entsprechende Grundlage zu stellen. Diese Regierung hat aber auch nicht den Mut, sich mit aller Offenheit zu der Politik zu bekennen, die sie in Wirklichkeit betreibt, nämlich zur rein kapitalistischen. Sie kämpft hin und her, arzeit noch jedem Strohhalme und kann doch nicht den völligen Zusammenbruch verhindern.

Was Erzberger und seine Regierung den Kreisen der Kapitalbesitzer so verdächtig macht, ist nicht, daß er überhaupt keine kapitalistische Finanzpolitik treibt, sondern daß er sie nicht offen und konsequent genug treibt. Selbst das Reichsnotopfer, das nicht viel mehr als eine verkappte Einkommensteuer ist, erscheint ihnen schon als ein Eingriff in ihr heiligstes Verbot. Sie wollen, daß der wertvollste Bevölkerungsmoment die ganze Last der Steuern auferlegt werden solle. Der bestehende Teil der Bevölkerung soll nur dann zur Ergänzung des Bedarfs herangezogen werden, wenn es gar nicht mehr anders geht. Solche Forderungen kann aber selbst die heutige Regierung nicht bewilligen.

Die Arbeiterklasse sieht dem Streit um Erzberger mit Gelassenheit zu. Sie weiß, daß er ebenso ein Vertreter der kapitalistischen Interessen ist, wie es seine Vorgänger in der Verwaltung der Finanzen waren, und wie es seine Nachfolger in der heutigen Regierung sein werden. Die proletarischen Interessen verlangen eine Steuerpolitik, die auf ganz anderer Grundlage aufgebaut ist. Wenn die kapitalistischen Kreise sich gegen die Steuerleistung sträuben, so müssen die schärfsten Zwangsmassnahmen angewendet werden, die auch nicht von der päpstlichen Konstitution des großen Besitzes und der großen Einkommen zurückdreht. Aber die heutige Steuerpolitik ist nichts anderes als die Fortsetzung der Steuerpolitik unter dem alten Regime. Wir müssen fordern, daß nicht nur die Lasten für die Erhaltung des Reiches den Kreisen auferlegt werden, die es in das heutige Elend hineingeführt haben, sondern daß nun endlich die Verwirklichung des Sozialismus beginnt, durch die allein das Volk wieder von dem auf ihm lastenden Elend befreit werden kann. Das ist aber freilich von der heutigen Regierung nicht zu erwarten.

Kollateralschaden.

Wir brauchen bereits in der gestrigen Abendausgabe eine Notiz über die skandalöse Geldverschwendung bei der Werbetätigkeit für die Sparprämienanleihe. Dazu veröffentlicht Herr Hermann Renkendorf, der als Leiter des Unterstaatssekretariats für Kreise, Blatte und Zeitungen ist,

eine Menge Einzelheiten, die um so schwerer wiegen, als Renkendorf und sein Mitarbeiter Werner Stein, in der Reichszentrale für Heimatsdienst, gegen die Wirtwirtschaft bei Vergebung der Druckaufträge protestierten, und dafür kaltgestellt wurden. Interessant ist übrigens in diesem Zusammenhang, daß Herr Dr. Driesen als Chef der Anleihepropaganda fungierte. Das ist derselbe Dr. Driesen, der als Reichspropagandachef in Aussicht genommen ist. Ein Mann von erstaunlicher Wandlungsfähigkeit; bis zur Revolution frommer Monarchist, dient er nun „in Ehren“ der Republik. Man scheint sich aber doch einmal auf Reputation besonnen zu haben. Die „B. P. Z.“ melden, daß von der Ernennung Driesens zum Reichspropagandachef Abstand genommen worden sei.

Alles in allem: Die Geschichten sind reichlich faul.

Häuberhauptmann Mwalow-Bermond bei Koste.

Wie eine Kollektrorrespondenz berichtet, kam Oberst Bermond, der bekanntlich als Platzhalter des Großen v. d. Goltz das Abenteuer der deutsch-russischen Handelskredit im Baltikum leitete, gestern mit seinem Stab in Berlin an und begab sich in das Reichswehrministerium, wo er vom Reichswehrminister Noske empfangen wurde. Demnach erweist sich die Nachricht, daß Bermond und seine Truppen nach dem schändlichen Zusammenbruch des baltischen Abenteuer in einem Gefangenenerlager interniert seien, als falsch. Der Häuberhauptmann darf vielmehr mit seinem Stab in Berlin eingehen, er wird von zahlreichen russischen Offizieren am Bahnhof empfangen, er staltet dem Reichswehrminister einen Besuch ab, gebietet sich also gleichsam als Vertreter einer befreundeten Macht, der auf baltischem Boden seine ohnehin schon Pläne weiter fortspinnen kann. Nach wie vor wird in zahlreichen Berliner Druckereien das sogenannte Bermondgedicht, also ostentatürliches Gedächtnisgedicht hergestellt, und wenn gestern auch auf Veranlassung des Reichswehrministers größere Veranschaulichungen vorgenommen worden sind, so besagt das nicht, daß dem Treiben der Bermondleute, wie öfter hinter ihnen stehenden Konterrvolutionären Kreise ein Damm gesetzt worden ist.

Wir müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß gegen diese Herrschaften, die dem deutschen Volk schon genügend Ungelegenheiten und Opfer verursacht haben, mit aller Energie vorgegangen wird. Das deutsche Volk darf es nicht dulden, daß Berlin zu einem Kollateralschaden der russischen Konterrvolution wird, und daß von hier aus die konterrvolutionären Unternehmungen der deutsch-russischen Junkern die Wege geebnet werden.

Schwabacher gegen Koste.

Der frühere Nachrichtenoffizier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division Hauptmann Schwabacher, der als Zeuge im Marlopprozess die hochwichtige Aussage macht, daß der Reichswehrminister Noske kurz vor dem Verfall der Friedensbestimmungen gegen die unabhängigen Abgeordneten fertiggestellt hatte, führt seit einigen Tagen einen heftigen Kampf gegen den „Vorwärts“, weil dieses Blatt — das die Enthüllung Schwabachers bis auf den heutigen Tag seinen Lesern unterdrückt — über ihn geschrieben hatte, daß seine Aussage ein „Rohkost“ gegen Noske sei, weil dieser ihn vor einiger Zeit „wegen dunkler Mischenschaften in der Baltikum-Angelegenheit“ umgeben an die Luft gesetzt habe.

In seiner gestrigen Abendausgabe nimmt der „Vorwärts“ seinen Anwurf de- und wehmütig zurück. Gleichzeitig veröffentlicht aber Herr Schwabacher in der „Deutschen Zeitung“ einen „Offenen Brief“ an den Reichswehrminister Noske, in welchem er die Angriffe des „Vorwärts“ auf das schärfste zurückweist und zugleich dem Reichswehrminister Noske den Vorwurf macht, daß sein Verhalten zur Friedensfrage, wie zu dem Obersten Reinhard den Beweis erbringe, daß er ein Mensch sei, „der gern starke Westen macht, ohne die Folgerungen daraus zu ziehen“. Ferner heißt es in dem „Offenen Briefe“:

„Wenn ich zu dem Mittel dieses Briefes greife, bevor ich den Klageweg gegen den „Vorwärts“ beschreite, so geschieht es, weil, wie ich dem „Vorwärts“ schrieb, mir die Interessen des Vaterlandes wichtiger sind, als die Verletzung politischer Grenzen in der Öffentlichkeit. Die gerichtliche Erörterung des heftigen Unternehmens, die nicht ich zu scheuen habe, würde nämlich zur Bloßlegung der Täuschung führen, die Sie selbst, Herr Minister, und andere Regierungsorgane in dieser Angelegenheit erzwungen haben, und würde damit den Feinden Grund zu neuen Erfressungen geben.“

Wir wollen es dahingestellt lassen, ob diese offene Trohng des Hauptmanns Schwabacher mit dem „Vorwärts“ wirkt, daß der „Vorwärts“ seine Angaben, die ihm von „unbedingt zuverlässiger“ Quelle zugegangen waren, jetzt mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt. Politisch von Bedeutung ist die Erklärung des Hauptmanns Schwabacher, daß eine gerichtliche Erörterung des baltischen Unternehmens zur Bloßlegung Noskes und anderer Regierungsorgane führen würde. Diese Erklärung bedeutet die denkbar schärfste Anklage gegen die Regierung. Sie bedeutet, daß der Reichswehrminister Noske und andere Regierungsorgane das verbrecherische baltische Abenteuer in einer Weise gefördert haben, die sie zwingt, die gerichtliche Klärung dieser Angelegenheit zu akzeptieren. Herr Schwabacher wünscht zwar die gerichtliche Erörterung dieser Angelegenheit nicht, weil er annimmt, daß sie der Entente Anlaß zu „neuen Erfressungen“ geben würde. Sein angeblicher Patriotismus ist jedoch unaufrichtig, denn schon sein Hinweis auf die Möglichkeit neuer Erfressungen genügt vollkommen, um der Entente die Tafel der Fragen zu führen, daß die Regierung in der baltischen Frage die übernommenen Verpflichtungen verletzt und eine Politik geführt hat, die den Gegnern das Recht zu neuen Forderungen an Deutschland verleiht.

Angeht dieses Vorgehen des Hauptmanns Schwabacher ist eine gerichtliche Klärung der baltischen Angelegenheit dringender geworden als je zuvor. Nicht nur, weil die Regierung durch ihr Stillschweigen zu den Anklagen Schwabachers die Möglichkeit seiner Aufschuldigungen zugeben und dadurch die außenpolitische Stellung Deutschlands verschlechtern würde, sondern vor allem deshalb, weil das Volk endlich die Wahrheit erfahren muß, was hinter den Kulissen des Reichswehrministeriums vorgegangen ist. Auch hier werden die Schuldigen sich nicht hinter dem undurchdringlichen Wall der Lügen und Entstellungen verbergen dürfen, der das ganze System der Noskepolitik verewigt hat.

Demonstrationsstreik der Gastwirte.

Die Berliner Gastwirte wollen, nachdem die von ihren Vertretern mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen zu keinem sie befriedigenden Resultat geführt haben, vorläufig durch eine zweiwöchige Schließung ihrer Lokale einen Druck auf die Regierung ausüben. Wenn dieses Mittel nicht helfen sollte, wird die dauernde Schließung der Lokale angedroht.

Gemäß dem von den Hotelbesitzer- und Gastwirtsorganisationen gefassten Beschlüssen, fanden im Laufe des gestrigen Nachmittags in den einzelnen Organisationen und Ausschüssen interne Verhandlungen über die Durchführung eines zweiwöchigen Streikstreiks statt. Außer den Hotelbesitzern und Inhabern der Restaurants und Speisewirtschaften haben sich auch die Cafés und Konditoreien, weiterhin ein großer Teil der Privatpensionen und Mittagstische dem Streikbeschluss angeschlossen. Der Verband der Lebensmittelhändler Groß-Berlins hatte sich mit den Gastwirten solidarisch erklärt und war entschlossen, in einen Streikstreik einzutreten, doch nahmen die Lebensmittelhändler auf Wunsch der Gastwirte von diesem Vorhaben Abstand, da die Gastwirte ihre Interessen von denen der Lebens- und Nahrungsmittelhändler streng geschieden wissen wollen. Im Anschluß an die große Versammlung im Biergarten traten im „Frühjahrssaal“ der Friedrichstraße die einzelnen Delegierten der Gastwirte herbei, um sich zusammen, und man beschloß dort, daß mit Eintritt der Polizeistunde am gestrigen Mittwochabend auch die Schließung der Lokale zu erfolgen habe. Erst am Sonnabend morgen werden sämtliche Betriebe ihre gewöhnlichen Pforten wieder öffnen.

Die Verhandlungen mit der Regierung.

Die Organisationen der Gastwirte, Hotelbesitzer und Sozialistischer traten ebenso wie die Angestelltenverbände gestern vormittag zusammen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob auf Grund der Verhandlungen, die mit dem Justizminister und dem Reichsernährungsministerium gepflogenen worden waren, eine Schließung der Lokale in Cafés, Restaurants usw. vorzunehmen ist oder nicht. Die Arbeitgeberorganisationen Groß-Berlins, einschließlich der Konditoreien hatten zu mittags 11½ Uhr eine Versammlung, nach dem Wintergarten einberufen, um dort endgültige Beschlüsse zu fassen.

Ueber den Verlauf der Versammlung geht uns nachstehender Bericht zu:

Der Referent Strauß vom Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und Provinz Brandenburg berichtete über die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen mit den Behörden. Der Justizminister habe erklärt, daß an eine Aufhebung der Bestimmungen nicht zu denken sei. (Wutruf.) Das Reichswirtschaftsministerium müsse die Allgemeinheit wegen der Interessen einiger bevorzugter Klassen schützen. Der Redner betonte weiter, daß diese Rücksichtnahme des Justizministers auf den Einfluß des Reichsernährungsministers zurückzuführen sei. (Wutruf: „Der muß auch nachschauen!“) „Kein Mensch kann heute ohne den Schleichhandel leben. (Wutruf: „Speisestammer der Minister!“) Wir wollen uns nicht auf die Stufe der Schieber und Schleichhändler stellen, denn was wir kaufen, geben wir an unsere Gäste ab. Und die Klasse kommt doch vor allen Dingen den Angestellten und Arbeitern (1) zugute. Strauß teilte dann weiter mit, daß eine Konferenz mit dem Unterstaatssekretär Peters vom Reichsernährungsministerium stattgefunden habe, in welcher Unterstaatssekretär Dr. Peters betonte, daß die erlassenen Bestimmungen sich weniger gegen die Gastwirte als vielmehr gegen die Schleichhändler richten. Man möge doch zu den Behörden Beziehungen haben.

Es wurde den Gastwirten schließlich zugesagt, daß man ihnen sehr wohlwollend und Zeit geben wolle. (Lachen und Wutruf: „Inzwischen verhungert Berlin!“) Man will auch eine Kommission aus drei Gastwirten in den Reichsernährungsministerium heranziehen, um über weitere Schritte zu beraten. Am Montag abend habe eine Besprechung stattgefunden, an der auch die Vertreter des Konditorengewerbes teilgenommen haben. Es handelte sich um die Frage, ob geschlossen werden solle, oder ob die Schließung am nächsten Montag vertagt werden solle, damit man abwarten könne, ob

die Regierung Entgegenkommen zeige. In letzter Minute hat gestern abend 7 Uhr noch eine Besprechung beim Unterstaatssekretär Peters stattgefunden, in der noch einmal auf den Ernst der Zeit hingewiesen wurde. Die Gastwirte verlangen von ihrem Vorstande Nachsicht. Und es müßte versucht werden, ihnen etwas wesentliches zur heutigen Versammlung mitbringen zu können. Es wurde verlangt, daß bis zur besseren Beilegung der Gastwirte die neuen Bestimmungen des Buchar-Gesetzes außer Kraft gesetzt werden sollten. Dies wurde von der Regierung abgelehnt. Dagegen wurde den Gastwirten zugesagt, daß bis zur endgültigen Regelung nicht nach den neuen Gesetz, sondern nach den alten Bestimmungen befristet werden solle, nach denen den Angeklagten das Mittel der Berufung erlaubt sei. Ferner wurde für heute eine normale Besprechung bei dem Justizminister angesetzt. Man hat also etwas Entgegenkommen gefunden.

Auf die Beschwerde der Gastwirte gegen die Tätigkeit des Dr. Fall vom Landespolizeiamt wurde ihnen versprochen, daß ein Spießbüchsen nicht mehr Platz greifen solle. Außerdem solle das Landespolizeiamt mit dem 1. Januar überhaupt aufgelöst werden. (Wutruf) Es ist also nicht verabsäumt worden, um zu einem Ausweg zu kommen. Es erhebt sich nun die Frage: Was soll nun werden? Schließen oder vertagen? (Stürmischer Wutruf: „Schließen!“) Man habe die Pflicht, alles zu berücksichtigen, man müsse bedenken, daß sechs Tage vor Weihnachten Tausende von Angestellten auf die Straße gesetzt werden sollen, man müsse auf die 10 der kleinen Betriebe Rücksicht nehmen. Aber wenn geschlossen würde, dann sollte ganze Arbeit geleistet werden. (Wutruf) Die Bedingungen würden immer unattraktiver. Die ganze Verordnung ist nur eine Konzession an die Effizienz. Die Augen aller Gastwirte im Deutschen Reich sind heute nach Berlin gerichtet, denn was heute hier beschließen, ist maßgebend für alle deutschen Städte. Die Tagespresse habe sich mit großem Interesse die Gastwirte angenommen, mit einer Ausnahme der „Freiheit“. (Stürmische Wutrufe.)

Es ist freudlich, daß die Regierung vor den Drohungen der Gastwirte nicht zurückgewichen ist und die Zurückziehung der Verordnung abgelehnt hat. Es kann keinen anderen Standpunkt geben als den, daß die Interessen der Allgemeinheit den Interessen eines einzelnen Standes vorgezogen werden müßten. Das einzige Zugeständnis, das die Regierung gemacht hat, nämlich zu gestatten, daß gegen die Verurteilung Befugnis eingelegt werden kann, haben ja auch wir als Einzelkämpfer begehrt. Befremdend klingt allerdings die Meldung, daß das Landespolizeiamt vom 1. Januar nächsten Jahres ab aufgelöst werden soll, und bezeichnend ihrer Jubel, den diese Mitteilung bei der Versammlung auslöste. Wir haben zu dem Landespolizeiamt auch gerade so großes Vertrauen gehabt, aber einige Unbehagen mag die Behörde doch ausgeübt haben, und die Herren Gastwirte glauben sich nun wohl von diesem bösen Geist befreit, amit darf unter keinen Umständen gelagt werden, daß an von den Gastwirten gehalten werden könnte, wie sie Alten, denn dann wäre ja jedes Gesetz und jede Verordnung mehr Makulatur als sie jetzt schon sind, wenn es sich um handelt, gegen Schleichhandel und Wucher vorzugehen.

Wir verlangen, daß aller Drohungen, die von den Gastwirten ausgehen, es wie vor, daß das Wucherergesetz mit aller Schärfe in Anwendung gebracht wird, und wir sind stolz darauf, daß die „Freiheit“ die einzige Tageszeitung ist, die sich diesmal der Interessen der Gastwirte nicht angenommen hat. Denn uns ist die Interessen der Allgemeinheit, besonders aber der armen Bevölkerung, bedeutend höher als die der Gastwirte und bei ihnen verkehrenden bemittelten Publikum. Nur durch konsequente Anwendung der Gesetze und Verordnungen kann mit der Zeit eine gerechtere Verteilung aller Lebensmittel erzielt werden.

Die Lage der russischen Kriegsgefangenen.

Seit das alte Militärregime in Deutschland wieder ganz die Oberhand gewonnen hat, haben die Klagen über schlechte Behandlung der immer noch in Deutschland weilenden russischen Kriegsgefangenen nicht mehr aufgehört. Sie nehmen in letzter Zeit so sehr zu, daß es nicht mehr möglich ist, länger dazu zu schweigen. Die Revolution hätte den russischen Kriegsgefangenen ihr Los so sehr zu verbessern, diejenigen, die nicht sofort abtransportiert werden konnten, erhielten größtmögliche Freiheit, bessere Verpflegung und eine einigermaßen angemessene Bezahlung für ihre Arbeit. All diese Vorzüge sind jetzt mehr und mehr wieder verschwunden. Die Urlaubsausschüsse sind den Gefangenen in vielen Gefangenenlagern entzogen worden, so daß sie teilweise überhaupt nicht, oder nur in beschränktem Maße Gelegenheit haben, sich außerhalb des Lagers zu bewegen. Dazu ist ihnen der alte Ton und die alte Behandlung, wie sie während des Krieges geübt wurde, wieder eingeführt.

Die Regierung will auch gar nicht wissen, was in ihren Lagern vorgegangen ist, hat sie doch auch zugegeben, daß in den russischen Gefangenenlagern durch Herrn Vermond, der einen amtlichen Zulassungsschein zu den Gefangenenlagern hatte, damals Werbungen für die russisch-reaktionäre Freiwilligenarmee vorgenommen worden sind. Im Sommer dieses Jahres erzwang Herr Vermond in russischen Gefangenenlagern und begann damals offen die Werbungen für die russischen Freiwilligen-Armee. Die russische gefangene russische Offiziere beteiligten sich an dieser Arbeit. Man drohte den Gefangenen damit, daß sie noch in Gefangenschaft bleiben müßten, wenn sie sich nicht der Freiwilligen-Armee anschließen würden. In die Kriegsgefangenenlager wurde dadurch eine große Verunreinigung gebracht, was man doch auch heute an, die mit der reaktionären Bewegung nichts zu tun haben wollten und die man zwangsweise abtransportierte. Von den Gefangenen selbst kamen deshalb Beschwerden über Verbrechen, und obwohl man offiziell die Werbungen verbietet, unterstützen die deutschen Lager-Kommandanten noch weiter die Werbungen der russischen Offiziere.

Es ist unerträglich, daß sich eine solche Vergeßlichkeit der russischen Kriegsgefangenen unter den Augen der Regierung vollziehen konnte. Sie hat hier eine ebenso zweifelhafte Rolle ge-

spielt wie während des von basillischen Abenteuers. Wir müssen erneut mit allem Nachdruck verlangen, daß die Regierung alles tut, um eine gerechte, mäßige Behandlung der russischen Gefangenen sicherzustellen und ihre baldige Rückbefreiung zu ermöglichen.

Führung.

In einer Notiz in der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 12. Dezember wird behauptet, daß in einer Versammlung in Pöthen in Ostpreußen, die Ministerpräsident Dirsch und nach ihm die Vertreter aller Parteien sprachen, dem Redner der Unabhängigen von der Verwaltung nicht das Wort gegeben wurde, weil seine Partei den Vorbesprechungen jede Mitwirkung abgelehnt habe.

Die so gefasste Notiz offensichtlich darauf angelegt, die Unabhängigen wieder einmal animalisch zu demagogieren. In Wirklichkeit waren auch Vertreter unserer Partei zu den Vorbesprechungen erschienen. Aber unser Genosse erklärte, daß er in seiner Ansprache einige Punkte an der Regierung übermitteln wollte, wurde ihm von dem Arrangateur Herrn Landrat v. Dörsing eröffnet, daß er unter diesen Umständen das Wort nicht erhalten könne. Also weil unser Genosse absahnte, im voraus sich einer Beschränkung seiner Ausführungen überweisen, wurde unsere Partei bei der Rednerliste übergangen.

Er weiß nichts.

Durch die „F. F. N.“ wird indes Dementi verbreitet: Die „Freiheit“ gibt in ihrer heutigen Progenummer eine Nachricht wieder, die gestern die „Neuen Berliner Mitteilungsblätter“ verbreitet worden ist, nach soll der Reichspräsident Ebert im November des vorigen Jahres dem General Ludendorff haben mitteilen lassen, die Regierung zwar für das Leben des Generals nicht garantieren könne, dem General aber ein Post zur Verfügung stünde. Dieser Behauptung ist, wie die „F. F. N.“ von zuständiger Seite erfahren, nicht ein wahres Wort.

Es war zu erwarten, daß unrichtig, wie sich, mit einem großen Aufstand von Antiliberalen werden würde.

Demgegenüber wollen wir darauf hin, daß die von uns gebrachte Mitteilung dem bekannten Rudendorff-Blatte „Politik“ entnommen ist, das keine Angaben auf Grund der Verfügungen Ludendorffs einem Mitarbeiter gegenüber gemacht hat. Es ist also Ludendorff selbst einwandfrei über die Art und Weise äußert, wie er im November vorigen Jahres aus Preußen geflüchtet ist, werden enttäuschte offizielle Dementis nicht genügen, um die Darstellung von „Politik“ aus der Welt zu schaffen.

Nach Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Beseitigung des Belagerungszustandes hat den politisch anrüchlichen Ausländern, die von den Militärbehörden während des Belagerungszustandes in Haft genommen waren, die Kerker nicht geöffnet. Sie bleiben weiterhin als Polizeigefangene in Haft und jeder ihrer Abschiebung aus den gewöhnlichen Gefängnissen des Reichs wird entgegen, obwohl man ihnen irgendeine strafbare Handlung nicht zur Last legt. Deute ein Beispiel für die:

Der österreichische Staatsangehörige Franz Grolig wohnt seit zehn Jahren in Berlin. Er erweist sich überall als bester Baumann, ist völlig unbescholten und steht in stetig in fester Arbeit. Das einzige Verbrechen, das ihm vorgeworfen wird, ist, daß er Funktionär der K. P. D. sein soll. Aus diesem Grunde hatten ihn die Militärbehörden zur Vorbereitung des deutschen Revolutionsjubiläums am 8. November d. J. in militärische Inhaft genommen und im Berliner Polizeigefängnis inhaftiert. Einige Zeit nach Aufhebung des Belagerungszustandes ist er schließlich auf wiederholtes dringendes Verlangen des Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg, der auf das Ungeheuer einer weiteren Freiheitsberaubung hinwies, von dort entlassen worden, aber nur, um sofort nach in den Räumen des Polizeipräsidiums erneut festgenommen und in das Berliner Polizeigefängnis geschleppt zu werden, angeblich auf Weisung des Regierungspräsidenten in Potsdam. Am letztgenannten Freitag sollte er von dort bereits über die Grenze abgehoben werden. In letzter Minute gelang es zwar Dr. Weinberg nach diesen Anschlag abzuwehren und einer Aufhebung der Ausweisung zu bewirken. Grolig befindet sich jedoch noch weiterhin in stetig in polizeilicher Haft und steht seiner Abschiebung entgegen, wenn nicht umgehend vom Ministerium eingegriffen wird. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Haft und der Ausweisungsvorschriften. Oder will die preussische Regierung auch weiterhin beweisen, daß sie an Freiheitsliebe noch erbedlich hinter dem Hohenzollernregime zurückbleibt, das die Anwesenheit des Genossen Grolig zehn Jahre lang widerspruchslos ertrug?

Zwei kleine Anfragen.

In der Nationalversammlung stellte die Genossin Zieh folgende beiden kleinen Anfragen an die Regierung:

Die Amtshauptmannschaft (Demobilisationskommission) Leipzig hat den dortigen Fabriken und gewerblichen Betrieben gestattet, über 16 Jahre alte Arbeiterinnen nachis zu beschäftigen, trotzdem sehr viele erwachsene männliche Arbeiter arbeitslos sind. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesem ungesunden und unsozialen Zustand ein Ende zu bereiten?

In dem Militärgefängnis Görtz, dem sogenannten Kaiserstrich, sind die politischen Gefangenen ohne Lebensmittel. Sie leiden furchtbar unter der Ungezieferei und müssen hungern. Was gedenkt die Regierung zu tun, diesen Zustand zu beseitigen?

Für die Erwerbslosen.

Die Not der Erwerbslosen schreit zum Himmel. Ihre Unterstützung reich kaum aus, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu bezahlen. Sie werden deshalb ein trauriges Weihnachtsfest mit hungerndem Magen und im Kalten verleben müssen, wenn ihnen nicht geholfen wird. Genossin Zieh hat im Interesse der Erwerbslosen folgende kleine Anfrage in der Nationalversammlung gestellt:

Die Notlage der Erwerbslosen, insbesondere der weiblichen Erwerbslosen ist infolge der zunehmenden Geldentwertung und der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise eine besonders drückende geworden. Ist die Regierung bereit, durch eine einmalige Unterstützung noch vor Weihnachten oder durch eine Erhöhung der laufenden Bezüge diese Notlage zu lindern?

Preiserhöhung und Gewinne in der Brauindustrie.

Die Verhandlungen, die im Reichswirtschaftsministerium mit der Brauindustrie zwecks Erhöhung der Bierpreise geführt wurden, haben, nach der „F. F. N.“, zu dem Ergebnis geführt, daß in dem Bereich der alten Brauereigenossenschaft vorwiegend vom 1. Januar 1918 ab der Bierpreis von 30-33 Pf. pro Hektoliter auf 61-65 Mark erhöht werden wird. Die neuen Preise bedeuten also eine Erhöhung der Bierpreise um rund 60 Prozent. Dabei ist die vom Reichsfinanzministerium in Aussicht gestellte neue Biersteuer, deren Höhe noch ungewiß ist, noch nicht berücksichtigt, so daß bei einer eventuellen Beschwerdung ein neuer Beschluß unvermeidlich ist.

Rationalisiert wird auch diese Erhöhung wieder mit der schlechten Lage der Brauindustrie begründet. Dagegen stellt fest, daß die Lage der Brauereien durchaus nicht so schlecht ist. Nach einem Aufsatze von Syndikus Dr. Emil Wolff in Nr. 448 der „Berliner Zeitung“ ist im Jahre 1918 sowohl die absolute Zahl wie der Prozentsatz der Brauereien, die keine Dividenden zahlen konnten, von 208 und 12,4 auf 19 und 10,3 Proz. zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl und der Prozentsatz der Brauereien, die 1918 gegenüber 1915 eine höhere Dividende als 10 Proz. erzielen konnten, von 97 bzw. 15,4 auf 188 bzw. 30,9 Proz. gestiegen. Trotzdem Erhöhung der Bierpreise um 60 Prozent!

Chinesisch-japanischer Konflikt.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge meldet die Exchange Telegraph Company aus Tokio, daß China wegen der Brückensfälle in Jutschau sechs Forderungen an Japan gestellt hat, nämlich den japanischen Konsul in Jutschau abzuverhaften, sich wegen der Ermordung chinesischer Studenten zu entschuldigen, den Angehörigen der Toten und Verwundeten Schadenersatz zu bezahlen, die Täter zu bestrafen, den japanischen Kaufleuten zu verbieten, Waffen zu tragen und auch den Oberkommandant der Polizei in Jutschau zu bestrafen. Da die japanischen Behörden versichern, daß die Schwierigkeiten nur durch die Verhaftung der japanischen Waren durch die chinesischen Studenten entstanden sind, besteht wenig Aussicht, daß Japan diesen Forderungen zustimmen wird.

Die australischen Wahlen brachten folgenden Ergebnis: Nationale 95 (49), Landwirte 11 (3), Arbeiterpartei 93 (33). Für Hughes, der bekanntlich Vizepräsident bleibt, wurden also 48 Stimmen abgegeben. Die Arbeiterpartei stimmte gegen seine Wahl.

Reichskonferenz der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands.

Am Sonntag, den 14. Dezember, trat im Volkspark zu Halle die erste Reichskonferenz der Freien sozialistischen Jugend Deutschlands zusammen, welche die wichtigsten Aufgaben in der proletarischen Jugendbewegung zu erledigen hat. Nach der Spaltung, die in Weimar offen zutage trat, gab es in Deutschland neben der sozialistischen Jugendpflege die kommunistische Jugend und eine sich neu entwickelnde Organisation, die sich aber noch ein festes Programm geben muß. In Halle soll nun dieses Programm beschlossen werden. Die Konferenz ist sehr gut aus allen Teilen des Reichs besetzt. Zu Vertretenden der Konferenz wurden die Jugendgruppen Paul-Königsberg und Eisner-Münchberg gewählt. Den Bericht der provisorischen Zentrale gab Genosse E. A. Berlin. Er zeigte, daß außerhalb im Reich die kommunistische Jugend in völliger Auflösung begriffen ist. Im ganzen Reich sammelten sich die Jugendlichen, das zeigen die Berichte, die nach dem Referat aus den einzelnen Bezirken gegeben wurden. Im Regierungsbezirk Merseburg ist die Organisation bereits aufgebaut worden. Dort bestehen 60 Ortsgruppen mit 8500 Mitgliedern. In Ost- und Westpreußen liegen die Verhältnisse ebenfalls so, daß die bestehenden Jugendgruppen sich zumeist von der kommunistischen Jugend getrennt haben. In Leipzig besteht die Spaltung schon seit dem März. Trotz des Einflusses der Kommunisten haben sich dort 1750 Mitglieder bei der Freien sozialistischen Jugend gesammelt, während bei der K.P.-Jugend 1000 Mitglieder sind. In Oberfranken hat sich die gesamte Jugend der neuen Zentrale angeschlossen. In Bayern ist die Jugendarbeit sehr schwer. Wichtige Berichte kommen aus den Bezirken Dortmund, Hagen, Braunschweig, Bremen und Magdeburg. Sogar im besetzten Gebiet, in Ludwigshafen, entwickelt sich die Organisation. Höchst verworren sind die Verhältnisse in Hamburg, das neben der rechtssozialistischen Arbeiterjugend, der K.P.-Jugend und der anarchistischen Jugend zwei Organisationen hat, die beide die Konferenz in Halle beschickten. Die freie proletarische Jugend, vollkommen selbständig und die K.P.-Jugend bekämpfen sich gegenseitig. Öffentlich schafft die Konferenz ein Programm, das beiden Organisationen es ermöglicht, sich zusammenzufinden.

Dann wurde von Beyer-Berlin das Referat über den Programmentwurf, der gedruckt vorliegt, erörtert. Das Programm sei nicht unpolitisch. Es verwerfe die Evolution und trete ein für die Revolution. Der Redner erläuterte im einzelnen den Entwurf, der aber noch sehr verfeinerungsbedürftig ist. Es wurde deshalb eine Programm-Kommission gewählt, die einen neuen Entwurf herzustellen wird.

Am Montag nahm die Konferenz das Referat des Genossen Engelbert Graf über Bildungsfragen entgegen, da die Programmberatung erst am Nachmittag zu Ende geführt werden kann. Genosse Graf begann seinen glänzenden Vortrag mit einem temperamentvollen Vorstoß gegen die Herrschaft der Phrase, die in den letzten Jahren sich so sehr ausgedehnt hat. Der Redner verglich die Jugendbewegung mit einem Strom, der in das Meer der Erwachsenen fließt. Ein Strom habe jedoch verschiedene Stufen, und so mache auch die Jugend verschiedene Entwicklungsstufen durch. In den letzten Jahren habe man die 14 bis 17jährigen vernachlässigt und auch auf den Entwicklungsgang der Mädchen habe man zu wenig Rücksicht genommen. Bei den Wissensgebieten, mit denen sich die Jugend beschäftigen müsse, sei die Politik an erster Stelle zu nennen. Politische Bildung aber bedeute nicht nur die Kenntnis der Geschichte und Geographie. Notwendig in erster Linie sei die Wirtschafts- und Betriebslehre. — Als Anknüpfungspunkt für die Jüngeren sei die Natur- und Kulturgeschichte wichtig, um den Entwicklungsstadien zu veranschaulichen. Auch Religionsgeschichte dürfe nicht vergessen werden. Regelmäßige Vorträge über Hygiene und Gesundheitslehre seien zu veranstalten. Seruelles Verantwortlichkeitsgefühl sei in den Jugendlichen heranzubilden. Das Wandern müsse umschaltet werden in unserem Sinn. Jugendbildungsreisen nach Weimarer für das, was die Jugendlichen zur innerweltlichen Ausbildung lesen müssen, seien zu schaffen. Auch sei die Herausgabe einer Jugendzeitung, die möglichst von allen Jugendlichen gelesen wird, eine unbedingte Notwendigkeit. Weiter müsse man den Jugendlichen empfehlen, alle Bildungsmöglichkeiten, auch die Volkshochschulen, zu benutzen, so würden sie den Weg zum Sozialismus finden. — Mit Nach-

druck forderten die Delegierten die Drucklegung und Verbreitung des Grafischen Referates, ein Beweis, wie einverstanden sie mit den darin aufgestellten Richtlinien waren.

Nach einer Debatte, in der keine abweichende Meinungen über das Referat des Genossen Graf zum Ausdruck kamen, hielt Jugendgenosse Paul-Königsberg ein Referat über das Verhältnis der Jugend zu den Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft, das nicht ohne Widerspruch wegen seiner Angriffe auf die Kommunisten. In der Gewerkschaftsfrage trat Genosse Paul für die Mitarbeit der Jugendlichen ein, verteidigte die gewerkschaftlichen Jugendsektionen und verwarf Jugendbetriebsorganisationen, wie sie sich zum Teil entwickelt haben. — In der Debatte legte Stephan-Berlin einen Antrag vor, in welchem die Mitarbeit der Jugendlichen in den Gewerkschaften näher erläutert und Jugendkommissionen für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen gefordert wurden.

Nach einem kurzen Schlußwort des Jugendgenossen Paul ergriff der Vertreter des Exekutivkomitees der Jugendinternationalen das Wort, um den Delegierten einige Informationen zu geben. Demnach hat Ende November in Berlin trotz aller Schwierigkeiten eine internationale Konferenz stattgefunden, die von 22 Delegierten aus 14 Ländern besucht war. Diese Delegierten vertraten 210 000 Jugendproletarier. Eine ganze Reihe anderer Länder war durch Botschafter, andere, wie die französischen, italienischen und amerikanischen Jugendgenossen, hatten Botschaftertelegramme geschickt. In längeren Ausführungen teilte der Redner die Beschlüsse der Konferenz mit und forderte zum Anschluß an diese Jugendinternationalen auf.

Die Konferenz begann daraufhin die Programmdebatte. Für die am ersten Tage eingelegte Programmkommission erläuterte Jugendgenosse Kühn-Hamburg den gedruckten vorliegenden Programmentwurf. Das Programm dreht sich um die grundsätzliche Einleitung und um Maßnahmen, in denen die politischen und erzieherischen Maßnahmen, die Jugendforderungen, die Organisation und die Frage des Zusammenstehens der Jugendproletarier aller Länder behandelt werden. Das Programm stellt übrigens die Namensänderung der neuen Organisation in „Sozialistische Proletarierjugend“ vor. Es wurden eine ganze Reihe Abänderungsanträge zu dem Entwurf eingebracht, die von den Antagonisten begründet wurden. Manche Jugendgenossen wollten nicht ausgesprochen wissen, daß die neue Jugendbewegung eine politische sei, jedoch ist im allgemeinen schon ersichtlich, daß eine Einigung auf dem Boden der Entwürfe erfolgen wird. Erklärten doch sogar die Vertreter der beiden Hamburger Organisationen, die sich bisher dem Kampf gegen die Einverständnisse mit den Grundzügen dieses Programms, so daß eine Einigung in Hamburg zu erwarten ist.

Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, den 17. Dezember 1919.

Das Umsatzsteuergesetz.

Abg. Eichhorn (N. S.): Geseien fand ein Verkauf der Parteien statt. (Die Abgeordneten der Rechten verließen den Saal.) Alle haben das Gesetz beurteilt, aber sich schlichtlich doch dafür erklärt. Wir sind grundsätzliche Gegner der Vorlage, weil wir jede Verbrauchsabgabe ablehnen. Sie ist eine Kopfsteuer der drückendsten Art und trifft besonders die Bekleideten. Die neue Steuer wird alle Lebensmittel um 7/8 bis 8 Prozent verteuern. Sechshundert Millionen Mark sollen jährlich aus den allernotwendigsten Lebensmitteln verteuert werden. Wenn man Fleisch, Butter und Eier dazu rechnet, dann gibt es sogar sechshundert Millionen Mark als Steuer aus wichtigen Lebensmitteln. Man muß den Hut abwaschen, mit dem unter den jetzigen Verhältnissen eine solche Vorlage eingebracht wird. Ich bin der Überzeugung, daß auch die Summe von 100 Millionen Mark zu wenig veranschlagt ist. Wer nicht zu den besitzenden Kreisen, zu den Kriegsgewinnern gehört, kann sich nichts mehr anschaffen, sondern muß seinen ganzen Verdienst verwenden, um das Leben zu fristen.

Auf ein Arbeiterereinkommen von 7200 M. im Jahre werden 1000 bis 1400 M. Umsatzsteuer kommen.

Dasselbe Einkommen wird bei der Einkommensteuer mit 810 M. veranlagt, so daß die Umsatzsteuer über die Reichsdeckschuldensteuer noch hinausgeht. Die Umsatzsteuer wirkt progressiv nach

unten. Die Rückvergütung an die wirtschaftlich Schwachen ist eine Gemütsbeschädigung. Wir haben einer Luxussteuer stets feindselig gegenüber. Eine Luxussteuer, die man auf tatsächliche Luxusgegenstände legt, bringt nichts ein. Man soll das Vermögen und Einkommen treffen, dann braucht man keine Luxussteuer. Der Ausschuß hat aus der Regierungsvorlage viele Gegenstände gestrichen, die keine Luxusgegenstände sind. Wie sollen an uns nicht den Rest der verbleibenden Schäden anlegen. Die Regierung nimmt das Geld, ganz gleich woher es stammt. Die ganze Steuer ist handels- und verkehrsfeindlich. So soll z. B. selbst die Überhebung einer Steuer unterworfen werden. Der größte Teil des Verkehrs aber ist eine notwendige Seite des Handels. In der Steuererhebung tritt das verkehrsfördernde Moment stärker hervor. Das Angelegenheiten sollte verwaltet und gefördert werden, nicht aber durch Steuern bestraft. Am besten wäre es, das gesamte Anzeigen- und Inseratenwesen an sozialisieren. Das Angelegenheiten hat für Zeitungen keine Schattenseiten. Es macht die Zeitungen abhängig von gewissen Geschäften und Gesellschaften. Durch die Sozialisierung dieses Bereiches wird ein Hebel der Korruption wegfallen. Jetzt sind aber die Zeitungen auf Inserate eingestellt und daher kann man ihren Bestand nicht durch eine Inseratensteuer in Frage stellen. Mit Mühe ist es gelungen, Wahlensteuer steuerfrei zu lassen, doch auch aufhorben hat das Volk Interesse, die einer solchen Begünstigung hätten teilhaftig werden sollen. Es gibt keine Seite in der Vorlage, die die Steuer nur einigermaßen annehmbar machen könnte. (Beifall bei den Unabh.)

Nach Ablehnung von Abänderungsanträgen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei wird ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Inseratensteuer eine Staffelung nach Höhe der Einnahme von 2 bis 9 Prozent vorschlägt, angenommen, ebenso ein Antrag Kempters (Dnat.), wonach mehrere in demselben Betrag erscheinende Zeitungen steuerlich selbstständig behandelt werden sollen. Darauf werden alle übrigen Paragraphen des Gesetzes angenommen.

Nachmittagsführung.

Die dritte Lesung des Reichsnotegesetzes.

Abg. Schulz-Dröbberg (Dnat.): Die Deutschnationale Volkspartei erhebt entsprechend ihrer bisherigen Haltung vor der Beschäftigung der Vorlage nochmals laut ihre warnende Stimme und lehnt jede Mitverantwortung für die Folgen dieses Gesetzes ab. Es ist und eine nationale Unmöglichkeit, für die Vorlage zu stimmen.

Abg. Dr. Meiser (D. Sp.): Wir beantragen Zurückverweisung. Abg. Waldheim (Dem.): Der größte Teil meiner Freunde ist sich darüber einig, daß der Beschäftigung der Vorlage nicht zustimmen muß. Eine Minderheit in meiner Partei ist aber der Auffassung, daß gegen das Reichsnotegesetz noch wirtschaftlicher und politischer Bedenken hin erhebliche Bedenken bestehen, so daß sie sich nicht entschließen können, ihre Zustimmung zu dem Gesetz in dieser Form zu erklären. Dagegen hat die Mehrheit meiner politischen Freunde die Auffassung, daß diese Bedenken jetzt zurücktreten müssen.

Abg. Wurm (N. S.): Die Zwangsanleihe bedeutet nicht dasselbe wie das Reichsnotegesetz, denn die Besessenen verdienen bei der Zwangsanleihe 450 Millionen Mark. Neben der ungeheuren Belastung, die das Umsatzsteuergesetz bringt, sollen noch größere Geldopfer von den ärmsten Schichten gebracht werden, nämlich bis 20 Milliarden, die durch die Verteuerung des Getreides aus der Kartoffeln einkommen.

Nachdem man da von einer Belastung des Volkes sprechen? Wenn Sie (nach rechts) sich einsehen lassen, die Steuern auf die Verbraucher abzumildern, dann wird die kapitalistische Produktionsweise auf politischem Wege beendet werden.

Abg. Braun-Bronken (Soz.): Man erzieht die Entente zur Unvernunft, indem man sie immer auf das Reichsnotegesetz hinweist. Das Reichsnotegesetz kann nur aus, aber niemand anders nützen. Das weiß auch der französische Finanzminister. Wir haben im Reichsnotegesetz nicht das vernünftige, was wir beschließen wollten. Das Eigentum hätte noch viel mehr gelitten werden müssen. Der Abg. Wurm hat noch immer den Friedensterror nicht gesehen. Er glaubt, wir könnten nach immer so Steuern machen, wie wir wollen. Wenn wir es so machen würden, wie es es will, so würde nach einem halben Jahr die Entente und besauern. Man muß dem in kluger Weise zubeistimmen. Nach dem Friedensvertrag darf der deutsche Staatsbürger nicht weniger besteuert sein, als der Bürger einer der alliierten Mächte.

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Mühle.

Die ärztliche Untersuchung fand im oberen Stockwerk statt. Jimmie wurde hinaufgeführt und aufgefordert, sich des Rodes und Hemdes zu entledigen. Dann ward seine Brust gemessen, Herz und Lunge wurden abgeklopft. Die Bahne gezählt, die Nase untersucht und noch allerlei Maßnahmen aufgeführt. Natürlich war er nicht ganz gesund, das wurde er trotzdem genannt. Der Arzt notierte etliche Zahlen auf ein Stück Papier, unterzeichnet es, und Jimmie ging mit dem Soldaten ins Werkelokal zurück.

Mit einmahl lag ein Werbeformular vor dem freien Sozialisten, eine tintengetränkte Feder lag zwischen seinen Fingern, und er hatte nicht einmal Zeit gehabt, sich zu fragen: „Hast du wirklich einen Entschluß gefaßt? Willst du tatsächlich diesen Schritt tun, dich als Soldat des Militarismus verdingen?“ Nein, der Feldwebel hat ihn hartnäckig abgelehnt, hat angenommen, Jimmie meine es wirklich ernst. Er hatte Jimmie auswärts, die Antworten niederschrieben, die Missionen und Untersuchungen geleistet, kann ich er da, mit strengem, begünstigendem Auge, kann ich Opfer an, als wollte er fragen: „Wagst du zu sagen, daß ich all dies vergeblich getan habe?“ Hatte Jimmie sich tatsächlich gewidert, seinen Namen zu unterschreiben, wie sollte dem Stammbuch der Verachtung widerstehen können? Jimmie nahm sich nicht einmal die Mühe, das Formular durchzulesen, wie leicht seinen Namen darunter zu schreiben. „Ich werde an der Bahn sein und Ihnen Ihr Dilemma geben. Versöhnen Sie nicht, pünktlich zu erscheinen. Sie haben jetzt unter militärischer Disziplin.“ In den letzten Worten lag ein neuer Ton. Jimmie schauderte innerlich und verließ das Lokal mit einem seltsam hohlen Gefühl in der Brust.

Er eilte zum Genossen Stankowich, um das Vorgeschickene zu berichten. Dieser umarmte ihn voller Begeisterung und in Gedanken. Dieser umarmte ihn voller Begeisterung und in Gedanken. Dieser umarmte ihn voller Begeisterung und in Gedanken. Dieser umarmte ihn voller Begeisterung und in Gedanken.

auf, du sollst wenigstens deinen dummen Traum, diesen Krieg wird der Kaiser nicht gewinnen!“

Jimmie dachte noch etlicher anderer Genossen, zu denen er nicht gehen wird. Die Genossin Mary Allen zum Beispiel möge die Nachricht erst erfahren, wenn er dem Bereich ihrer Kräfte einfließen ist. Auch aus Genossin Evelyn dachte er, vielleicht wird er sie später nie mehr sehen, vielleicht wird sie, falls er sie dennoch wieder sieht, sich weigern, mit ihm zu sprechen. Jimmie unterdrückte mühsam die Bitterkeit, welche durch diesen Gedanken hervorgerufen wurde. Er steht in den Krieg, die Schmach und Freuden der Liebe müssen verbannt werden!

Er ging zu den Meishners Abendbrot essen und teilte ihnen seinen Entschluß mit. Die erwarteten Proteste und Vorwürfe blieben aus. Hatte des Genossen Stankowich Veränderung dem kleinen Flaschenwunder einen bewertigen Eindruck gemacht? Oder hatte er Angst, Jimmie eine glatte Meinung zu sagen, wie dies Jimmie mit Emil Forster ergegangen war?

Jimmie verirrte den Meishners das Logbuch des wilden Will an, das ihm kaum die richtige Rekläre für ein Transbordierfeld schien.

Freudlich — hinante Meishner bei — „außerdem könnten sich die U-Boote desselben bemächtigen.“ Jimmie sprach zu kommen. Tausend! Er hatte noch gar nicht daran gedacht. Er muß ja die Sperrzone passieren. Wird vielleicht dennoch einen Kampf erleben, möglicherweise gar nicht nach Frankreich gelangen. „Verdammt!“ — rief er. — „In dieser Jahreszeit muß das Meer versteinert sein.“

Einen Augenblick schaute er. Es wäre doch besser gewesen, auf eine andere Jahreszeit zu warten, in der ein Sturm ins Meer weniger leicht sein dürfte! Dann aber gedachte Jimmie der Heere, die sich in den Krallen des Todes befanden; jetzt, gerade jetzt, brandeten sie für den Nachkriegsdienst ihre Rotoräder. Auch erinnerte er sich des Kolonialkriegs: „Sie sind jetzt unter militärischer Disziplin!“ Er biß die Zähne zusammen. Hof der Teufel die U-Boote, er wird seine Pflicht erfüllen. In dieser schwerwiegenden Stunde überlegte ihn bereits ein Gefühl der Verantwortung: er ist ein Soldat, den strenge Pflicht bindet, und von seinem Verhalten hängt das Schicksal der Nationen ab!

Neunzehntes Kapitel.

Jimmie Higgins legt Abaki an. Von einem Schieds geführt, bestiegen an jenem Abend sieben Kurieren den Zug. Am nächsten Morgen zu sieben

Uhr wiesen sie an einem Tor des Exerzierplatzes Ihre Plätze vor und markierten dann, von einem Soldaten geleitet, die Hauptstraße entlang, ihre Bündel und Reisetaschen fest in der Hand, mit neugierigen Augen um sich blickend.

Sie befanden sich in einer Stadt von vierzigtausend Einwohnern, die sich auf einer Stelle erhob, wo es vor einem Jahr bloß Brackland und Gestrüch gegeben hatte. Lange Reihen Holzbaracken erstreckten sich in alle Richtungen — Kasernen, Speiseräume, Studienzimmer, Bureaus, Latentränker — dazwischen dehnten sich Exerzierplätze. Der hohe Anblick dieser Stadt, mit ihrer Bevölkerung von jungen Männern, alle in Uniform, alle stromig, lebhaft, gesund, beschäftigt, war ein Erlebnis. Diese Stadt machte einen ungewöhnlichen Eindruck, in ihr gab es keine Müßiggänger, keine Betrunknen, keine Schmarotzer. Die sieben Arbeiter aus Leeseville schienen sich plötzlich schamhaft und verlorbet vor, in ihren schlechtherrigen Anzügen und mit ihren ledernen Bündeln und Reisetaschen.

Als erstes nahm man an ihnen eine gründliche Reinigung vor, desinfizierte und impfte sie. In sozialistischen Ortsgruppen wies man auf allerlei exzentrische Ideen, diese bildeten fast schon den Kernkern der Bewegung; so hatte es sich auch ergeben. Doch Jimmie einmal einer langen Rede gegen die teilsweise Güte des Kampfes gelangt hatte, die angeblich mehr tödliche Krankheiten verursacht, als sie verhindert. Die Militärärzte unterließen es jedoch, Jimmie um seine Ansichten zu befragen, sie beschlössen, den Kernkern zurückzuschlagen, wuschen seinen Arm und haben mit einer Nadel hinein.

Dann erklärten der Schieds, um ihm die Abakumform anzuprobieren. Damit hatte der kleine Waldstein nicht gerechnet; er glaubte, er könne in den gleichen alten Weisern, in denen er für den alten Granit gearbeitet hatte, auch für Onkel Sam arbeiten. Woher nein, aufeinander bedachte er einer Ausstattung, in die sogar eine Zahnbürste eingeschlossen war. (Es wird ihm gezeigt werden, wie diese zu benutzen ist.) Als er schamhaft und rein, fleckig, mit einem Antankwider auf dem Kessel als Zeichen seiner Abklärung, sich im Spiegel betrachtete, empfand er eine ungewöhnliche, demoralisierende Erregung. Er sah etwas Ähnliches an wie Genosse Stankowich! Wenn er durch die Straßen geht, werden die Mädchen Eiern und ihm nachsehen wie sie dies bei Emil getan? Der Militarismus hatte ihn nicht um Jimmie Higgins zu spinnen begonnen.

Fortsetzung folgt

Das sollte der Hg. Braun schon wissen. Im übrigen bewachte ich auf meine Neben bei der ersten und zweiten Lesung des Reichsnotgesetzes. (Sehr. Weis. d. d. Sog.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Der Hg. Dr. Braun hat eine Resolution der Reichstagspartei begründet, die Reichsregierung zu ersuchen, mit den neutralen Staaten wegen Steuerfragen in Verbindung zu treten. Die Reichsfinanzverwaltung wird mit allem Nachdruck auf dem Boden dieser Resolution bestehen. Die Steuer- und Kapitalfrage ist eine internationale Angelegenheit und kann nur international gelöst werden.

Hg. Schulze-Braunberg (Dnat.): Der Demokrat Dr. Friedberg hat heute in der preussischen Landesversammlung bemerkt, daß das Gutachten des Reichsfinanzministers über das Reichsnotgesetz der Gewerke bezüglich des Reichsnotgesetzes von Herrn Erzberger nicht genau wiedergegeben worden sei. Der Reichsfinanzminister habe nur die Stellen berücksichtigt, die für seine Auffassung günstig sind. (Hört! Hört! rechts.) Der Ministerpräsident Herrsch hat auf diese Ausführungen Friedbergs erwidert, daß er einen besonderen Vorschlag gemacht, der ein Brücken der Entente ausgeschloß haben würde. Also teilt nach Braunschweig diese Sorge.

Erzbergers Lage und Verteidigung.

Reichsfinanzminister Erzberger: In der Landesversammlung hat man den vielfach Dinge erörtert, die nicht in die Landesversammlung gehören. Hier Milliarden Sparprämienanleihe sind bestimmt ein ganz schöner Erfolg. Es ist die Summe, die anlässlich der Errichtung, was 1914 die erste Kriegsanleihe gebracht hat, wo man noch einen Einfluß auf die Industrie zur Zeichnung ausüben konnte.

Das Großkapital kämpft gegen das Reichsnotgesetz, wenn es genugsam zahlen soll, und es kämpft gegen die Sparprämienanleihe, wenn es freiwillig zahlen soll. (Hört, Hört!)

Wenn die der Reklame der Sparprämienanleihe Unannehmlichkeiten vorgekommen sind, so wird dagegen eingeschritten werden. Ihre Unterbindung ist eingeleitet, das Ergebnis wird der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Ich kann nicht für jeden Artikel, für jedes Inserat, für jede Broschüre verantwortlich gemacht werden, ich habe anders zu tun. Wenn ein Abgeordneter ein Mitglied einer Koalitionspartei, wie Dr. Friedberg, gegen ein Mitglied der Koalition an anderer Stelle etwas vorbringen will, dann ist er verpflichtet, sich vorher zu erkundigen. (Beifall links.) Er konnte sich an das Reichsfinanzministerium wenden, wo sein politischer Freund Schiffer die Verantwortlichkeit trägt; er konnte auch beim Finanzministerium anfragen. Dann hätte er die Antwort erhalten, daß diese Behauptungen vollkommen unzutreffend und unwahr sind. (Sehr. Hört! Hört!) Sie sind würdig eines alten Weibes. (Sehr. Hört! Hört! Unruhe und Bewegung.) Herr Dr. Friedberg sagt nach dem Berliner Tageblatt, dieses Gutachten, das der ganzen Öffentlichkeit unterbreitet wurde, sei geändert worden. Damit weist er mir nicht mit Rücksicht vor, sondern er gleicht auch das Reichsfinanzministerium in die Sache hinein. Es handelt sich hier um vollkommene Fälschungen. Ich habe bei Übernahme des Finanzministeriums angeordnet, daß bei der Reichsfinanzreform die größte Ehrlichkeit darin liegen werde, angesichts der Reorganisation des Hauses und der Grundstimmung unseres Volkes in der Reichsversammlung, daß dagegen die Durchführung von Maßnahmen leicht sein würde. Ich habe mich gründlich geirrt. Was in diesen Tagen an Druck auf die Regierungsmitglieder ausgeübt ist, geht wirklich über alles hinaus.

Gegenüber diesem Hochdruck des Kapitalismus kann es nur eine Antwort geben, daß heute das Reichsnotgesetz mit großer Mehrheit beschloßel wird.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Aufhebung der Vorlage an den Ausschuss mit 223 gegen 50 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Für die Aufhebung stimmten die Reichstagspartei, die Demokraten Bachmann, Goltz, Fischel, Grünwald, Rudewig, Johannsen und Schmidtkeil.

In der Gesamtstimmung wird sodann das Reichsnotgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten endgültig beschlossen.

Der Generalpardon.

Es folgt die zweite Lesung des Antrags Teichmann über die Steueramnestie (Generalpardon).

Hg. Verbe (Sog.): Meine Fraktion kann dem Gesetz nicht zustimmen. Wir glauben nicht, daß durch einen solchen Steueramnestie der Steuererwerb gebildet wird. Der ethische Steuerabnehmer verdient es nicht, daß diejenigen geschont werden, die in den letzten Jahren ihren Steuerpflichten nicht nachgekommen sind. (Sehr. Beifall bei den Sog.)

Hg. Guba (U-Sog.) lehnt das Gesetz ab.

Die Vorlage wird sodann in allen Lesungen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen.

Es folgt ein Gesetzentwurf, der die Landesregierungen ermächtigt, Bestimmungen über die Lage der Angestellten in den Gewerbebetrieben zu treffen.

Herr Bütz (U-Sog.) schließt die soziale Lage der weiblichen Angestellten.

Es sprechen noch die Hgg. Ragenstein (Sog.), Frau Behm (Dnat.) und Lüders (Dem.).

Hg. Guba (U-Sog.) beantragt den Zusatz, daß die zu erlassenden Bestimmungen des betreffenden Landesvertretung vorzulegen sind, die ein Einspruchsrecht besitzt.

Mit diesem Antrage wird das Gesetz dann in allen drei Lesungen angenommen.

Donnerstag, 10. März: Interpellation Kraus über die wirtschaftliche Lage und die Ein- und Ausfuhr, Gesetz gegen das Würfelspiel, Rotenwachsel mit der Entente über Artikel 61. Sozialismus der Volkswirtschaft, Dritte Lesung der Umsatzsteuer. — Schluß 8 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Lebensführung der Reichsregierungsbediensteten wurde in dritter Lesung einstimmig angenommen. Dann wurde die dritte Lesung des Staatshaushalts beschlossen.

Der Demokrat Friedberg konnte seinen Wunsch darüber nicht verbergen, daß der häusliche Zwist der Koalitionsparteien in aller Öffentlichkeit ausgetragen wird. Zunächst aber machte er seinen Wunsch über Erzbergers Finanzpolitik Luft, dem er nicht bloß blutigen Diktandimus vorwarf, sondern schon mehr Besorgnis. Er beschuldigte unter immer steigender Unruhe Erzberger der Fälschung von Gutachten. Dann zog er gegen die Regierungsmehrheit namentlich junger Leute vom Leder und rief aus: Wegen diese Drohnen müssen wir mit Arbeitszwang einhergehen. Das schlechte Ergebnis der Sparprämienanleihe sei nicht als schlechtes Zeichen für die besorgenden Arbeiter anzusehen, sondern als Leistung auf eine schlechte Finanzpolitik. Herr Erzberger und seine Partei habe die geringste Leistung an die Schuldfrage für die herrschenden Kreise zu leisten. Der Deutschen Volkspartei sei jeder nationale Gedanke abhandeln gekommen. Der Einheitsstaat sei unzulässig, das nicht unter Quantifizierung der preussischen Verhältnisse. Die wahren Lehren können schon jetzt auf Reichsversammlung werden. Vorher müßte allerdings die Abstimmung über die Vorlage sein.

Der ihm folgende Mann unterer Fraktion Genosse Bellert

fährte aus: Uns ist oft der Vorwurf gemacht worden, wir leisteten keine praktische Arbeit. Was sehen wir aber jetzt? Wochenlang haben sich das Parlament und seine Ausschüsse abgemüht, Anträge zum Etat zu formulieren, die der Reichstagsversammlung erschienen. Nun wir aber am Schluß der Haushaltsberatungen angelangt sind, sollen alle diese Anträge in Resolutionen umgewandelt, das heißt im Papierkorb begraben werden. Für diese Art praktischer Arbeit bedanken wir uns höchst.

Als Vorwand mag die Finanznot dienen. Wir haben nachgewiesen, wo Mittel flüssig gemacht werden könnten zu nützlichen Zwecken. Sie haben jedoch unsere dahingehenden Anträge abgelehnt. Sie kommen aus den alten ausgetretenen Weiden nicht heraus. Das gilt für alle Gebiete; nirgends sind wir weiter gekommen, als wir vor der Revolution schon waren. Darin zeigt sich die Fruchtlosigkeit der unseligen Sozialpolitik.

Neuangehen ist die Kampfweise des Ministers Heine. Er hat gestern hier behauptet, die Blünderer und Verbrecher der Märzlage händen meinem Parteifreund Wölph Hoffmann nahe. Daraus könnte man folgern, daß Herr Heine diese Verbrecher sehr genau kennen müßte. Trotzdem verläutete bisher nichts darüber, daß gegen diese Leute eingeschritten worden ist. Wir behaupten nun kein Versteck, daß sie dem Minister Heine nahe seien, aber der dringende Verdacht erscheint gerechtfertigt, daß sie aus dem Geheimfonds gespeist werden, der sich heute noch, wie die verschiedenen Prozesse, zuletzt der Marzoprozess, bewiesen haben, den Namen Korruptionsfonds verdienen.

Es ist gestern auch das Wort gefallen, der ganze Märzsumme sei ein Schwindel, an dem kein Mensch mehr glaube. Wir gehen jedermann zu, über das Mindeste eine andere Meinung zu haben, als wir. Aber, daß man uns unterstellt, wir trügen mit dem Mägedanken bewußt Schwindel, ist eine so niedrige Kampfart, daß sie in diesem Hause nur einem zuzutrauen ist, dem genugsam bekannten Heilmann.

Die Reichssozialisten haben in der letzten Zeit mehrfach von dem drohenden Vorstoß der Reaktion, der Monarchisten, gesprochen. Auch wir sind der Überzeugung, daß er kommen wird. Wenn er gefährlich erscheint, so nur, weil die Reaktion durch die Politik der Reichssozialisten erstickt ist. Wir fürchten sie dennoch nicht. Wir erwarten sie, erwarten sie recht bald und erwarten zugleich den Entschlußkampf mit dem Kapitalismus. Wir sind sicher, daß wir uns dabei auf die gesamte Arbeiterklasse stützen können. Auf die Verwirklichung des Sozialismus vermittelt der Demokratie zu vertrauen, die sie auf den Sonntag Kimmertag verschieben. Also wir werden den Kampf zu führen haben, und wir tühen dazu, indem wir die Köpfe revolutionieren. Sie von den Reichssozialisten verkleinern sie. Unsere grundsätzliche Haltung, unter Beibehaltung am Massenkampfstand bildet das Fundament, auf dem sich die Einigung des Proletariats vollziehen wird und tüchtig vollzieht, indem sich immer größere Scharen und ausbreiten. Wenn sich die Einigung in diesem Sinne vollzogen haben wird, dann kann der Ausbruch des Entscheidungskampfes mit Reaktion und Kapitalismus nicht zweifelhaft ein. (Sehr. Beifall d. d. Sog.)

Hg. Stendel (Dnat. Vp.) polemisiert im wesentlichen gegen die Demokraten.

Minister Heine befürwortete, daß sich die Koalitionsparteien gegenseitig Beihilfe leisten sollten. (1)

Ueber den Antrag Friedbergs, den Einheitsstaat betreffend, wurde namentlich abgestimmt; für ihn stimmten 210, dagegen 22 Abgeordnete.

Bei den Einzelhaushalten entzweit sich beim Eisenbahnbau eine ausgedehnte Debatte. Wichtig war die Stellung des Ministers Verbe, daß bei den Eisenbahnbetrieben eine erzieuliche Steigerung der Leistungen und der Arbeitszeit geübt zu werden sei. Genosse Paul Hoffmann hielt der Regierung die Unterlassungsgebühren vor, die zur Verstärkung der Verkehrs- und Arbeitszeit geführt haben. Mit größtem Nachdruck legte er sich jedoch für die lokale Gewährung der Beschäftigungsbeihilfen an alle auch kurzfristige Beschäftigten ein. Er brachte der Landesversammlung die in zahlreichen Resolutionen niedergelegten Wünsche und Forderungen der Arbeiter und Beamten zur Kenntnis.

Zum Haushalt der Preussischen Regierung nahm Genosse Adolf Hoffmann

das Wort. Indem er ausführte:

Wir hätten gewünscht, daß uns die Regierung vor der Reichstagsung gestern unterrichtet hätte über die Arbeit, den Großagrariern Lieferprämien zuzuführen. Ueber eine Milliarde Mark sollen an Liefergaben bezahlt werden, weil dies das einzige Mittel sei, die spärlichen Lieferungen an Brotgetreide zu erhöhen. Wäher hier es immer, die Verkehrs-schwierigkeiten seien schuld. Hier wird aber offenbar, daß es sich um einen regulären und umfangreichen Lieferstreik handelt. Den streikenden Arbeitern werden Belagerungsstand und Standrecht zuteil, den verkehrsreichen Großagrariern aber eine Belohnung von einer Milliarde. (Sehr. Hört, Hört d. d. Unabhängigen.) Was wird eine gewaltige Verteuerung von Brot und Mehl und Kartoffeln zur Folge haben. Da sich die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse kaum noch herabdrücken lassen wird, sind erneute Lohnforderungen unermesslich. Dann werden Sie wieder über Streikfelder reden. Es wird diese Schraube ohne Ende wieder einmal herumgedreht. Es wird wenn der Eisenbahnminister über die zunehmenden Diebstähle sagt, so frage ich, was bleibt dann schließlich dem Arbeiter übrig, wenn er nicht ausreichend bezahlt wird und seine Kinder nicht verhungern lassen will? Er ist ja geradezu gezwungen, zu streiken. Den Großagrariern müssen immer neue Milliarden bezahlt werden, damit solche „Produzenten“ großzügig werden können, wie die Reinhardt, Kessel, Marzob, wie die R. der Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und die vielen anderen derselben Art. Hätten Sie sich das Volk durch solch eine wahnwitzige Politik zur Verzweiflung zu treiben! (Sehr richtig! und Bravo! d. d. Unabh.)

Begleitend war, daß nicht ein Regierungsvertreter während Hoffmanns Ausführungen aufstand war. Als bäuerliche Abgeordnete ihre Schlußwünsche vortrugen, war fast das gesamte Kabinett zugegen. Es bedurfte erst einer zweiten, sehr energischen Interpellation des Genossen Adolph Hoffmann, um wenigstens dem Staatskommissar für Ernährungsmellen die Junge zu lösen. Dessen Ausführungen beschäftigten lediglich was unser Redner gemeißelt hatte; sie waren zugleich eine Bankrotterklärung der Ernährungswirtschaft, ja der gesamten Wirtschaftspolitik. Als dies Genosse Ad. Hoffmann feststellte, hatte der inzwischen erschienene Ministerpräsident Diesel die Schwachheit, vergnügt zu lächeln.

Beim Justizrat fährt

Genosse Rosenfeld

aus: Wir hören noch immer die Klagen der armen Unter-suchungsgefangenen, die nach monatelanger Haft noch immer vergeblich auf ihre Anklage, ihre Aburteilung warten. Im Aktionsprozeß ist jetzt endlich nach neun Monaten Untersuchung das Urteil gefällt, aber ein Altsenar, wie wir es schließlich vor der Revolution nicht hätten erwarten können. Das Gericht hat in Anbetracht der Verbrechen der revolutionären Arbeiter-schaft von Halle geübt und dafür ist er bestraft worden. Die Arbeiter-schaft hat darauf die einzig richtige Antwort gegeben. Der Justizminister sollte sich die Klagen kommen lassen und verhindern, daß das Leiden der Gefangenen nicht weiter

Einfluß des Märker meines Parteifreundes Gause richte ich heute an den Justizminister mit allem Nachdruck die zehn von Dietmann formulierten Fragen und erwarte heute noch eine klipp und klare Antwort darauf.

Der Justizminister sollte sich ferner um die polizeilichen Hilfs-beamten der Staatsanwaltschaft mehr kümmern. Die diese mit fremdem Eigentum bei der Beschlagnahme der Druckbogen und Bücher zur Liebknecht-Broschüre umgegangen sind, spottet aller Beschreibung. Noch standhafter ist das Verhalten des Polizeipräsidenten Ernst, der sich angemahnt hat, die bei Kommunisten beschlagnahmten Plakate, also fremdes Eigentum, an einen Verein von Plakatfreunden abzugeben.

Nachdem nun der Belagerungsstand für Berlin aufgehoben ist, sollte auch der Einsatzkommando für öffentliche Ruhe und Ordnung verschwinden. Der Belagerungs-Status besteht leider für weite Gebiete noch fort. Wir fordern auch für diese die Aufhebung. Wir fordern ferner volle Amnestie für alle politischen Gefangenen und sofortige Durchführung einer mit dem modernen Rechtsempfinden in Einklang stehenden Strafrechtsreform. (Sehr. Zustimmung links.)

Der Justizminister wiederholte die bekannte Behauptung, der Märker Gause sei ungewisshaft grifflos und stellte baldige Strafrechtsreform in Aussicht. Durch Schlauchentzug wurde dem Gepöpsel Rosenfeld eine Entgegnung unmöglich gemacht.

Ohne wesentliche Debatte wurden die übrigen Einzel-ats angenommen. Der Staatshaushalt im ganzen wurde von unserer Partei und den Deutschen Nationalen abgelehnt. Hierauf trat Beratung bis 21. Januar 1920 ein. Schluß 9.40 Uhr.

Preßestimmen zum Parteitag.

V. „Volkhaer Volksblatt.“

Zur Stellungnahme zum Quarte Internationale

freit das Blatt:

Der Beschluß ist eine Schweregeburt, die zeigen schon jetzt die ästhetischen Umstände. Trotz zahlreicher übereiltiger Geburtshelfer ist zu fürchten, daß entweder eine Totgeburt oder ein Wechselbalg zustande kommt. Ja, man hat den deprimierenden Eindruck, daß geradezu die Zeit und der Eifer der Geburtshelfer den Tod des Neugeborenen auf dem Gewissen haben werden. Das banalste Schema der Scheindiplomatie hat auch auf diesem Parteitag einen schweren Schicksal erlitten. So wie im Weltkriege die Unfähigkeit, ja die bloße Existenz der Scheindiplomatie eine der böhsartigsten äußeren Ursachen (wir sprechen hier absichtlich nicht von den ökonomisch-imperialistischen inneren Ursachen) des Weltkrieges, seiner Dauer und der Verumpfung der Friedensverhandlungen und des Friedensschlusses überhaupt waren, so sind die diplomatischen Verhandlungen zwischen den einzelnen Richtungen auf diesem Parteitag, die sich um die Revolutionen, die Arbeiter und Arbeiter gruppieren, der Tod einer klaren Stellungnahme zur 4. Internationale. Ein Teil der alten Parteiführer und der Reichssozialisten in unzureichender Reihen die klare Entscheidung vermeiden, sie haben entschieden die diplomatische Routine für sich, sie verhalten es, durch immer neue Formulierungen ihre unüberwindlichen Abneigung gegen Moskau die vielfach vorhandene Unsicherheit zu vergrößern, von der komischen Mehrheit der Vertreter des unbedingten Anschlusses an die „Rechte“ immer weitere Teile abzusprengen, die aufhängen, ihrem Gefühl und rebellierendem Instinkt folgenden einfachen Arbeiter zu verwirren. Die Aufklärungsarbeit ist die geradlinig denkenden einfachen Arbeitervertreter des ausseren linken Flügels an, die Folge dürfte sein, daß eine Atomisierung, eine Herkümmerung des linken Flügels eintritt und die Absicht unserer Diplomaten wäre damit erreicht. Der Anschluß an Moskau wäre auf diesem Umwege sabotiert. Bekanntlich haben bei den gelehrten Diplomaten der alten Schule die Worte nur den einen Zweck, die Gedanken zu verbergen, und so sind auch alle Reformulierungen und Änderungsanträge zu den Resolutionen zu werden. Sie sollen nur die Abneigung ihrer Verfassung gegen Moskau, ja die Sowjet-Republik verdecken unter den schönen Worten einer blut- und liebevollen „Sympathie“. Hinter all den Worten von der „Autonomie“ und dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ verbirgt sich die Angst, in der zukünftigen Internationale der Tat, die Sünden der alten so eckig zusammengebrochenen Internationale der Thrase und der schönen Worte verantwortlich zu machen. Der Zusammenbruch von 1914 soll und muß ein warnendes Beispiel sein. Viele unserer „Führer“ bilden sich noch immer ein, auch in der neuen Internationale die erste Weige spielen zu können. Diese Ludendorffe der Internationale erheben denselben Anspruch auf die deutsche Vorherrschaft in der proletarischen Internationale, wie die deutschen Imperialisten die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus forderten. „Deutschland in der Welt voran“ fordern sie mit dem Ex-Wilhelm II. und Ludendorff. Sie können es der Weltgeschichte nicht verzeihen, daß sich die neue proletarische Welt in Moskau ohne ihre unschätzbare Zustimmung und Mitarbeit organisiert hat. Sie haben das unheimliche Gefühl, daß diese neue proletarische Internationale sich nicht mehr vom deutschen Opportunismus, von der deutschen Schändelweil betrieblen, gesplittet und zur Unfruchtbarkeit dekurieren lassen will.

„Bergische Arbeiterstimme“, Solingen.

Genosse Hermann Merkel schreibt:

Der ganze Parteitag war eine Einheit von Kraft und Kampfeswillen. Keine Spur von grundsätzlicher veränderter Auffassung, alles ein Schrei nach vornwärts, nach der Tat. Man an die Arbeit, ran an den letzten entscheidenden Kampf um Gängel. Das war die Lösung des ganzen Parteitages.

Während wir unser Aktionsprogramm vom März als das Möglichste an Teilwillen ansetzen, ist unser neues Programm über die Märzauflösung weit hinaus. Es erweitert alle unsere Erfahrungen seit jenen Tagen. Einmütig wurde es beschlossen, nicht als ein Kompromiß, sondern als Richtungs-führer erklären, daß dieses Programm ihrer heiligen Überzeugung entspreche. . . . Einzig war der Parteitag aus darin, daß dieses Programm das Einigungsprogramm sein müsse, auf dessen Boden die Einheit der Arbeiterklasse als Radikalfaktor wiederhergestellt werden könne. Auch aus diesem Grunde ist unser Aktionsprogramm von gewaltiger geschichtlicher Bedeutung.

Genf oder Moskau! sollte der Trennungsschritt sein, der die verhasste Partei zertrümmern würde. Koren! Ich habe Moskau für falsch gehalten, ich bin mir auch über die gewaltige Bedeutung eines Jrens in dieser Frage ganz klar. Nach neuerlichen unerwarteten und für die Bedeutung Lenins schmerzlichen unwürdigen Verleumdungen dieses großen russischen Führers gegenüber unserer Partei, bedauere ich ganz außerordentlich das Auftreten einer Reihe Genossen in der Frage von Moskau, bin auch angesichts dieser wüsten Wüsten nicht völlig mit der Form des gestrigen Beschlusses einverstanden, aber deswegen politisch! Das wäre Wahnsinn gewesen. Unsere Partei ist von prächtiger Gesundheit durchdrungen. Heiß ist es auf dem Parteitag bei dieser Frage hergegangen, aber es kam zu einer allseitig abgestimmten Entscheidung. Gütlich ist der Parteitag für Moskau entschieden, so wäre es keinem von uns eingfallen, sich schamlos zurück-zuziehen. Genf hat die verantwortliche Leistung erbracht, in diesem Falle zurückzutreten zu wollen. Das ist selbstverständlich. Die Genossen haben uns in der Sache als außerordentlich wichtig an, und sie können in einer so heiklen Frage nicht weiter die Parteilichkeit betonen, wenn der Parteitag einen Beschl

